

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/08/2007

über die öffentliche Sitzung am 13.11.2007,
Rathaus, Kantine (6. Stock)

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 22:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Dieter Heidenreich

i. V. f. Kosczowsky-Thiel

Frau Annika Korts

Herr Jörn Schade

Herr Johan von Hülsen

Frau Petra Wilmer

Herr Gerald Wittkamp

Bürgerliche Mitglieder

Frau Nina Holers

Herr Henning Koeppe

Herr Ingo Rolke

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Klaus Butzek

Seniorenbeirat

–

Frau Karina Krasnicka

Kinder- und Jugendbeirat

Frau Sabine Schwarz

Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Jürgen Eckert

Geschäftsführer Kreisverband
AWO

Frau Irene Hofmann

Leitung Peter-Rantzau-Haus

Frau Prof. Dr. Schmöcker

HAW - Soziale Arbeit und Pflege

Frau Rohweder

Pro Familia Ahrensburg

Verwaltung

Herr Michael Cyrkel

FDL II.4

Frau Petra Haebenbrock-Sommer

FDL III.4

Herr Hanno Krause

FBL III

Herr Thomas Reich
Herr Frank Ropers
Frau Anja Gust

FBL II, bis 20:50 Uhr
FDL III.3
Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt

Bürgerliche Mitglieder

Frau Manuela Koszowsky-Thiel

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 7 vom 09.10.2007
5. Neubau Peter-Rantzau-Haus am Stormarnplatz (PRH) **2007/079/1**
 - Verfahren zur Vergabe der Leistung "Betreiben des Peter-Rantzau-Hauses"
 - Leistungsbeschreibung und Raumplanung
6. Sachstandsbericht Altenplanung
7. Jugendplan der Stadt Ahrensburg **2007/105/1**
 - Sachstand, Ziele und Perspektiven der städtischen und städtisch geförderten Kinder- und Jugendarbeit
8. Förderung der Beratungsstelle PRO FAMILIA in Ahrensburg **2007/124**
9. Finanzplanung und Investitionsprogramm 2007 - 2011 **2007/116**
10. Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2008 **2007/115**
 - Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -
11. Verschiedenes
- 11.1. System für das Antragswesen
- 11.2. Sondersitzung des Sozialausschusses

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Sozialausschuss ist beschlussfähig.

3 Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 7 vom 09.10.2007

Stadtverordnete Wilmer bittet, die fehlenden Seiten der Anlage zum Jugendplan nunmehr diesem Protokoll beizufügen.

Ansonsten ist das Protokoll genehmigt.

5 Neubau Peter-Rantzau-Haus am Stormarnplatz (PRH) 2007/079/1
- Verfahren zur Vergabe der Leistung "Betreiben des Peter-Rantzau-Hauses"
- Leistungsbeschreibung und Raumplanung

Fachbereichsleiter Krause trägt kurz die Historie dieser Vorlage vor, erklärt, warum die Beratung erst jetzt erfolgen kann und erläutert die Veränderungen im Beschlussvorschlag. Im Besonderen wird auf die Option zu Punkt 2 (+ gewerbliche Nutzung) des Beschlussvorschlages hingewiesen.

Im Anschluss gibt Magistratsdirektor Reich eine ausführlich rechtliche Stellungnahme zum erforderlichen Ausschreibungsverfahren der Vergabe der Leistung „Betreiben des Peter-Rantzau-Hauses“ ab. Demnach ist es zwingend erforderlich, die Leistung Peter-Rantzau-Haus im Wettbewerb unter Beachtung der einschlägigen Vergabevorschriften zu vergeben.

Der Schwellenwert von 211.000 €, der eine EU weite Ausschreibung erforderlich macht, wird überschritten. Jeder Verstoß gegen das Vergaberecht kann rechtlich geltend gemacht werden und kann zum Schadensersatz führen.

Die Erforderlichkeit der Ausschreibung wurde auch durch die Stellungnahme des Innenministeriums bestätigt.

Der Handlungsbedarf ergibt sich aus den Tatbeständen, dass durch den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses es zu einer wesentlichen Veränderung sowohl im Preis/Zuschuss als auch im Inhalt/Konzept kommen wird, der zwingend ein Vergabeverfahren auslöst.

Es besteht die Möglichkeit dieses Verfahren einzuschränken, das heißt nur beschränkt auszuschreiben. Diese erfordert jedoch eine hinreichende Begründung.

Vor diesem Hintergrund wird von der Verwaltung vorgeschlagen, das Vergabeverfahren, wie in der Vorlage erläutert, gemäß § 3 VOL/A (Beschränkte Ausschreibung mit Öffentlichem Teilnahmewettbewerb) durchzuführen:

1. Schritt: Deutschlandweites Interessenbekundungsverfahren, um den möglichen Bieterkreis zu ermitteln.
2. Schritt: Durchführung der Beschränkten Ausschreibung. Bis zu 5 geeignete Bieter werden aufgefordert, ein Konzept/ein Angebot dem Sozialausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Die Eignung wird durch die Verwaltung geprüft.

Es wird deutlich herausgestellt, dass es erforderlich ist, sich im Vorwege über das Bewertungssystem, nach welchen Kriterien die Trägersauswahl unter den bis zu 5 Bietern (Nr. 3 Beschlussvorschlag) erfolgen muss, rechtzeitig festzulegen.

Es wird ausführlich über Punkt 4 des Beschlussvorschlages (Wer baut das neue Peter-Rantzau-Haus?) diskutiert. Im Besonderen wird festgestellt, dass für den Fall, dass das Investorenmodell/PPP-Modell zum Tragen kommen sollte, die Klärung des konkreten Auswahlverfahrens im Hinblick auf die Zusammensetzung des Gremiums und die Festlegung des Bewertungssystems von erheblicher Bedeutung sein wird und dem Sozialausschuss obliegen muss. Der Beschlussvorschlag ist entsprechend zu ändern. Über den Änderungsantrag wird im Zusammenhang mit der Gesamtabstimmung zum Schluss abgestimmt.

Die Erfahrungen beim Auswahlverfahren der IGS-Sporthalle zeigen, dass die Beteiligung der Gremien früher erfolgen sollte.

Auf Nachfrage erläutert Fachbereichsleiter Krause die Zeitschiene (Anlage 5). Bei einer Entscheidung für ein Investorenmodell ist die Ausschreibung der Trägerschaft erst mit dem Stand § 33 BauGB, somit frühestens Sommer/Herbst 2008 durchführbar. Die vorzeitige Ausschreibung der Trägerschaft zur Betreibung des Hauses unter Vorbehalt dieser Entscheidung ist auch nicht ohne Schwierigkeiten durchzuführen und sollte möglichst vermieden werden. Es wird deshalb vorgeschlagen, den Stand § 33 BauGB abzuwarten. Das Interessenbekundungsverfahren kann vorher erfolgen.

Auf Nachfrage von Herr Eckert (Geschäftsführer der AWO Ahrensburg) wird mitgeteilt, dass die Anregung des Kuratoriums, die personelle Mindestvorgabe um 2 hauptamtliche Bürokräfte zu erhöhen, nicht in die Vorlage aufgenommen wurde, weil die AG diesen Vorschlag nicht aufgegriffen hat. Ebenso ist die Bindung der ehrenamtlichen Kräfte wesentlicher Bestandteil der Vorlage (siehe Anlage 1: Ziel der Leistungsbeschreibung). Gleichzeitig weist Herr Eckert daraufhin, dass bei der Vorgabe, einen Eigenanteil in Höhe von max. 100.000 € zu erbringen, noch nicht die umsatzsteuerliche Problematik für Wohlfahrtsverbände berücksichtigt wurde. Der Schwellenwert liegt laut seiner Aussage bei 51.000 € ab dem 2. Jahr.

Fachbereichsleiter Krause weist darauf hin, dass im Fall der Absenkung der Eigenmittelerwirtschaftung durch den Träger und unter Beachtung der vorliegenden Kostenschätzung zusätzlich ca. 40.000 € p. a. als Zuschuss auf die Stadt zukommen würden.

Im Folgenden wird auf diesen Aspekt in der Beratung nicht weiter eingegangen.

Frau Brandt teilt für die CDU-Fraktion mit, dass sie die Übernahme des Personals gemäß § 613 a BGB in der Leistungsbeschreibung aufnehmen wollen, um eine vorzeitige Kündigung zu vermeiden. Dieser Tendenzbeschluss wird von Herr Eckert begrüßt, jedoch weist er darauf hin, dass die AWO bei einem Trägerwechsel zur eigenen Absicherung das Personal kündigen muss und damit wird die vertraglich vereinbarte Abfindung ausgelöst.

- 2 a. Das Peter-Rantzau-Haus soll dem Zweck – wie in Anlage 1 beschrieben – dienen und zusätzliche gewerbliche Nutzung ermöglichen. Der Raumplanung (Anlage 2 a) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 6 dafür
 4 dagegen**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, als Grundlage für die spätere Auswahl eines geeigneten Betreibers des Peter-Rantzau-Hauses so früh wie möglich ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Die Trägerschaft soll ein geeigneter Träger der Wohlfahrtspflege übernehmen. Demzufolge sind anschließend ausschließlich Träger der freien Wohlfahrtspflege zur Abgabe eines Angebotes aufzufordern.

Dem Sozialausschuss sind nach Vorauswahl durch die Verwaltung bis zu 5 geeignete Bieter und deren Betreiberkonzepte zur Entscheidung der Vergabe vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

4. Die Klärung der Frage, ob die Stadt das Gebäude im konventionellen Verfahren herstellen soll, oder aber ob ein PPP-Model/ Investorenmodell gewählt wird, soll grundsätzlich im Finanzausschuss entschieden werden. In jedem Fall sollen für das Betreiben des Peter-Rantzau-Hauses der Träger der freien Wohlfahrtspflege und die Stadt Ahrensburg Vertragspartner sein.

Für das anschließende Auswahlverfahren ist der Sozialausschuss zuständig. Die Auswahl des Investors, unabhängig vom gewählten Verfahren, soll durch ein Gremium, bestehend aus Vertretern der Selbstverwaltung und Verwaltung erfolgen.

Das Bewertungssystem und die Zusammensetzung des Gremiums legt der Sozialausschuss fest.

Der Ausschuss stimmt über den geänderten Beschlussvorschlag ab:

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

5. Dem beiliegendem Zeitplan (Anlage 5) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 6 dafür
 4 Enthaltungen**

6. Die Kostenschätzung (Anlage 7) wird zur Kenntnis genommen. Der Zuschuss der Stadt Ahrensburg zum Betrieb des Peter-Rantzau-Hauses wird begrenzt auf maximal 400.000 € p.a. bzw. auf die Höhe einer zu zahlenden Jahresmiete für ein fertig gestelltes Gebäude abzüglich einer jeweiligen Eigenbeteiligung des Betreibers, Träger der freien Wohlfahrtspflege, in Höhe von 20 % an den Betriebskosten (ohne kalkulatorische Kosten) bzw. 20% an den Jahresmietekosten, je-

doch jeweils maximal bis zu 100.000 € p.a.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür
3 Enthaltungen

7. In die Leistungsbeschreibung (Anlage 1) ist die Bildung eines Beirates wie im Vorschlag unter Punkt 8 der Beschlussvorlage beschrieben aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

6 Sachstandsbericht Altenplanung

Frau Prof. Schmoecker trägt den aktuellen Stand der Altenplanung vor. Im September wurde mit der Bürgerbefragung begonnen. Es wurden insgesamt 504 Fragebögen, welche explizit durch die HAW für die Stadt Ahrensburg entwickelt wurden, versandt. Die Hälfte davon ist an 50-Jährige und die Restlichen an über 65-Jährige nach einem Schlüssel, der alle Altersstufen und Stadtteile gleichmäßig berücksichtigt, verteilt worden. Beide Fragebögen werden an die Mitglieder des Sozialausschusses verteilt. Die Ergebnisse können jetzt durch den zusätzlichen Einsatz von Studentinnen, welcher mit Hilfe der finanziellen Unterstützung der Sparkasse Holstein möglich geworden ist, auch noch in den Altenplan eingearbeitet werden. Mit dem Rücklauf von 216 Fragebögen ist Frau Prof. Schmoecker sehr zufrieden. Insgesamt nimmt die Bürgerbefragung mehr Zeit und Engagement in Anspruch als geplant, da sowohl die Entwicklung, die Auswertung als auch die Einspeisung in den Altenplan sehr umfangreich ist. Deshalb kann der fertige Altenplan auch erst Ende Januar 2008 vorgelegt werden.

Zusätzlich hat die Hochschule weitere Ressourcen in die Altenplanung eingebracht:

So führt ein Student im Rahmen seiner Diplomarbeit eine Befragung bei den Ahrensburger Wohnungsunternehmen durch. Diese qualitative Untersuchung gestaltet sich mit dem Rücklauf schwieriger, jedoch ist die Unterstützung durch den Fachdienst Soziale Hilfen (II.4) sehr gut.

Frau Prof. Schmoecker berichtet von zwei zusätzlichen Expertengesprächen, die im August und im September stattfanden. Das Gespräch mit Frau Dupong vom Fachdienst Soziale Hilfen war laut Frau Prof. Schmoecker ergebnisorientiert und qualitativ sehr gut. Erfreulich sei aus ihrer Sicht, dass im Fachdienst ausschließlich Sozialpädagogen tätig seien. An dem zweiten Expertengespräch nahmen Ahrensburger Ärzte sowie zwei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen des Hospizvereins teil. Zentrales Thema dieses Gespräches war die Einbindung von Ärzten in (professionelle) Netzwerke. Das bestehende Ärztenetzwerk sei im Rahmen der Notfallversorgung entstanden. Ansonsten sei es, vor allem aus Konkurrenzgründen, sehr schwer, Ärzte in Netzwerke einzubeziehen. Dafür sei es erforderlich, den Ärzten die win-win-Situation einer Netzwerkbeteiligung deutlicher zu machen. Auch sei z.B. ein jährlich stattfindendes Forum, z.B. zu Demenz oder anderen Themen, zu überlegen. Auf diese Weise könne mehr regionale Öffentlichkeit und Kooperation im Gesundheitswesen hergestellt werden.

Die Verwaltung trägt vor, dass noch ein Expertengespräch, das so genannte Auftraggebergespräch noch aussteht. Da dies hierfür die Urfassung der Altenplanung fertig sein muss, kann es erst ab Mitte Dezember stattfinden. Dieses Expertengespräch soll sich wie folgt zusammensetzen:

Je ein Vertreter der Fraktionen

1. Vertreter des Seniorenbeirats

1. Vertreter des Behindertenbeirats

Frau Prof. Schmoecker

Frau Hahn (HAW)

Bürgermeisterin Frau Pepper

Fachbereichsleiter Herr Krause

Fachdienstleiterin Frau Haebenbrock-Sommer

Zeitplan:

20.12.2007 20.00 Uhr Expertengespräch (Eine gesonderte Einladung folgt.)

12.02.2008 Präsentation des Altenplans im Sozialausschuss

15.03.2008 15.00 Uhr öffentliche Präsentation des Altenplans im Marstall

**7 Jugendplan der Stadt Ahrensburg
- Sachstand, Ziele und Perspektiven der städtischen und
städtisch geförderten Kinder- und Jugendarbeit**

2007/105/1

Der Sozialausschuss verständigt sich darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt im Rahmen der Haushaltsberatung beraten werden soll. Da eine Fraktion bisher keine Gelegenheit hatte, den Haushalt 2008 innerhalb der Fraktion zu beraten, kann am heutigen Tag über diese Vorlage nicht abgestimmt werden.

**8 Förderung der Beratungsstelle PRO FAMILIA in Ahrens- 2007/124
burg**

Die Verwaltung erläutert den Beschlussvorschlag und trägt vor, dass die Pro Familia im Oktober 2007 neue Geschäftsräume bezogen hat. Frau Rohweder von der Pro Familia berichtet über Aufgabenstellungen und Umfang der Arbeit in der Pro Familia und über die Notwendigkeit, nach nunmehr 25 Jahren Beratungstätigkeit und ständig ansteigenden Beratungsbedarfen in Ahrensburg andere Räumlichkeiten zu finden, um die Anzahl der Ratsuchenden zeitnah beraten zu können.

Stadtverordneter Schade merkt an, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn sich die Pro Familia vor Abschluss eines neuen Mietvertrages und somit steigender Mietkosten an die Stadt gewandt hätte. Im Nachhinein höhere Kosten durch Zuschussanträge bei der Stadt und beim Kreis Stormarn abdecken zu wollen, macht auf ihn keinen so guten Eindruck.

Da auch diese Vorlage Einfluss auf den Haushalt 2008 hat, wird über den Antrag der Pro Familia nicht abgestimmt, sondern die Vorlage im Rahmen der Haushaltsberatung beraten.

9 Finanzplanung und Investitionsprogramm 2007 - 2011

2007/116

Der Sozialausschuss nimmt die Finanzplanung und das Investitionsprogramm zur Kenntnis.

**10 Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2007/115
2008**

- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -

Da in der heutigen Sitzung keine Abstimmung erfolgt, werden auf Nachfrage einige Positionen näher erläutert und Änderungen von der Verwaltung bekannt gegeben:

4070.6530 — Bekanntmachungskosten 3.000 €

Erhöhung wegen Ausschreibung neuer Planstellen in den offenen Ganztags-schulen

4070.6580 – Erstattung an den Bauhof

Erhöhung wegen Aufwendung für die Kinderstadt Stormini

4515.4160 — Honorarkosten für Präventionsprojekte

In Zusammenarbeit mit der Fritz-Reuter-Schule und der Hauptschule soll ein sexualpädagogisches Aufklärungsprojekt von Pro Familia mit Baby-Simulationspuppen durchgeführt werden. Zum zweiten sollen aus dieser Haushaltsstelle Projekte unterstützt werden, die der Alkoholprophylaxe dienen.

4515.7075 — Zuschuss an den Stadtjugendring für das Buch 3.000 €

Der Stadtjugendring plant eine Neuauflage des „Buches“ – eine Übersicht über alle Angebote für Kinder und Jugendliche in Ahrensburg.

4515.7076 — Zuschuss an den Stadtjugendring für Projekt Kinderstadt 4.500 €

Die Vorlage Kinderstadt Stormarn 2007/094 wurde im Sozialausschuss einstimmig beschlossen.

4520.4160 — Honorarkostenerstattung an die VHS für Ganztagsangebo-te 5.000 €

Ein Teil der Ganztagsangebote soll zukünftig durch die VHS angeboten werden.

4520.4161 — Honorarkosten Ganztagsangebote 25.000 €

Durch die Bildung einer Gemeinschaftsschule wird sich die Anzahl der Schüler die an den offenen Ganztagsangeboten teilnehmen erheblich erweitern. Das Angebot soll durch attraktive Angebote ausgeweitet werden damit noch mehr Schüler als bisher ein außerschulisches Bildungsangebot in Anspruch nehmen.

4603.5750 — Kosten für 25-jähriges Jubiläum 2.000 €

Das G-Haus feiert sein 25-jähriges Jubiläum. Aus diesem Grund soll unter anderem ein Bühnenangebot finanziert werden.

4604.5621 — Fortbildungskosten 5.000 €

1.800 € werden benötigt, um die bereits 2007 begonnene Fortbildung eines Mitarbeiters im Bereich der Gewaltprävention fortzuführen. Weitere 2.200€ werden für die Fortbildung der Mitarbeiter zur Qualitätssteigerung benötigt.

4604.6580 — Erstattung an den Bauhof 1.500 €

Der Bauhof soll den Musiktresen im großen Saal erneuern.

4605 — Kinder- und Jugendhof Blockhaus

Entsprechend dem Beschlussvorschlag in der Vorlage Jugendplan 2007/105/1 soll hier eine neue Haushaltsstelle eingefügt werden mit dem Titel „Zuweisung an die VHS für Schularbeitenhilfe“ in Höhe von 5.000 €.

4608.6521 — Fernmeldegebühren 900 €

Die Verwaltung bittet um Erhöhung des Ansatzes auf 1.200 €, um die vermehrt notwendige Telefongespräche zur Organisation der Kinderstadt finanzieren zu können. Eine Flatrate, die alle Mobilfunknetze umfasst ist teuer. .

4608.7000 — Zuschuss an die AWO für freiwilliges soziales Jahr

Beschlossen im Sozialausschuss 25.10.2006.

Vermögenshaushalt

4603 – Gemeinschaftshaus Gartenholz

4603.9350 — Beschaffung von beweglichem Vermögen 1.000 €

Erhöhung aufgrund neuer Wertgrenzen für Anschaffung aus dem Vermögenshaushalt.

4603.9500 – Erneuerung der Bodenbeläge 5.000 €

Boden und die Nähte sind schadhaft, haben Löcher und die Kanten kommen hoch.

4604- Bruno-Bröker-Haus

4604.9350 — Beschaffung von beweglichem Vermögen 4.000 €

Angeschafft werden sollen neue Büromöbel. Die alten Möbel sind 20 Jahre alt, sind schadhaft und zum Teil defekt. Des Weiteren sind neue Stühle notwendig. Insgesamt Büromöbel ca. 2.500 €. Die restlichen Mittel werden zur Ergänzung des Mobiliars im großen Saal und aufgrund der Reduzierung der Wertgrenze für Anschaffung aus dem Vermögenshaushalt benötigt.

4604.9420 — Neubeschaffung einer Alarmanlage 2.800 €

Die alte Anlage liefert vermehrt Fehlmeldungen. Dies führt dazu, dass Mitarbeiter grundlos mitten in der Nacht das Bruno-Bröker-Haus aufsuchen müssen.

4604.9500 — Bau eines Musiktresens 1.800 €

Materialkosten für den Bau des Musiktresens durch den Bauhof.

4608 – Jugendtreff Hagen

4608.9350 — Beschaffung von beweglichem Vermögen 2.500 €

Die Holzwerkstatt benötigt eine Bandsäge, Spülmaschine defekt, Tiefkühlschrank soll angeschafft werden.

4000.1626 — Erstattung Personalkosten Gemeinde Tangstedt

Ansatz 2008 auf 0, da der Vertrag zum 01.01.2008 gekündigt wurde. Gemeinde Tangstedt wechselt zum Amt Itzstedt

4360.1150 — Nutzungsgebühren

Ansatz reduziert sich auf 15.000 € da eine Wohnung gekündigt wurde

4360.5000 — Bauliche Unterhaltung

reduziert sich auf 1.000 €

4360.5300 — Mieten und Pachten

reduzieren sich auf 15.000 €

4360.5404 — Wassergeld und Sielgebühren

1.000 €

4360.5409 — Heizungsenergie

1.000 €

4640.1620 — Bearbeitungspauschale Sozialstaffel

16.500 €; Anträge zur Berechnung der Sozialstaffel sind weniger geworden. Nach der Aufnahme- und Benutzungsordnung werden vorrangig DV- u. GA-Plätze an Familien vergeben, in denen die Eltern berufstätig und dann meist auch Vollzahler sind.

4641.1610/4641.4160 — Sprachförderung Land S.-H.

in 2008 nur 1.500 €, weil mittlerweile mehr Träger die Landesfördermittel beantragen

4641.4161 — Honorar für Förderung der Bildungsbereiche

im Rahmen des Bildungsauftrages soll Themenorientiert Spezialwissen „eingekauft“ werden

4641.5405 — Reinigungskosten

Reduzierung des Ansatzes auf 0,00 €, da ZGW die Kosten übernimmt

4641.5621 — Fortbildungskosten

für Qualitätsentwicklung und Fortbildung des Personals

4642.1610

4642.4160

4642.5405

4642.5621

Begründungen wie bei UA 4641.

4642.1692 — Erstattung v. Verpflegungskosten von UA 4648

Neue HHSt. Ansatz 12.000 € für die künftige Verpflegung des Waldkindergartens durch die Kita-Küche Schäferweg

4642.6019 — Unterhaltung/Ergänzung Spiel- u. Beschäftigungsmaterials

Reduzierung des Ansatzes im VWH auf 5.400 € und gleichzeitige Aufstockung im VMH, da die Wertgrenze zur Abgrenzung Vermögenshaushalt von bisher 410 € netto auf 150 € netto abgesenkt wurde.

4642.6022 — Verpflegungskosten

48.000 € mit Belieferung Waldkindergarten

4642.6023 — Fahrkosten Mittagessen

6.200 € mit Belieferung Waldkindergarten

4645.7017 — Kostenausgleich für Krippenkinder

30.000 € für Kostenausgleich Krippe außerhalb von Ahrensburg mit Sperrvermerk, über den Einzelfall entscheidet der Sozialausschuss

4645.7011 — Zuschuss Kita Gartenholz

benötigt werden 385.000 € inkl. der flexiblen GA-Gruppe

4648.4140 — Entgelt für ArbeitnehmerInnen

Reduzierung zum Vorjahr, weil die Springkraft der Kita Schäferweg zugeordnet wurde.

4648.4161

4648.5405

4648.5621

Begründung wie bei UA 4641.

4648.6022 — Verpflegungskosten Waldkiga

Reduzierung auf 0,00 Euro, stattdessen neue HHSt. 4648.6791 für die Erstattung der Verpflegungskosten an den UA 4642 (Schäferweg).

4650.7001 — Zuschuss an Pro Familia

neuer Ansatz 6.200 € Aufstockung der Zuwendung um 1.100 € gemäß Vorlage 2007/124

4820.6720 — Kostenanteil SGB II

erhöht sich auf 490.000 € aufgrund einer Reduzierung des Bundesanteils zu den Unterkunftskosten

4642.9350 — Beschaffung von beweglichem Vermögen

Begründung siehe HHSt. 4642.6019

4649.9500 — Bau- und Planungskosten Kita Ahrensburger Redder

Anmerkung der Verwaltung:

Rückfrage bei ZGW ergab, dass alle Mängel im Dezember 2006 abgeschlossen und abgenommen wurden. Die durch die Mängelbeseitigung entstandenen Kosten wurden auf die noch offenen Forderungen der mangelbehafteten Gewerke gegengerechnet bzw. von der Schlussrechnung abgezogen. Die Maßnahme ist damit abgeschlossen.

4310.7010 — Altenbetreuung

5 Verbände x 700 € Maximalförderung = 3.500 €, Beschluss vom 04.07.2007,
Vorlage Nr. 2007/081 (Senioren Ausflug/Förderung der Altenpflege).

Die Sozialausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

11 Verschiedenes

11.1 System für das Antragswesen

Bürgerliches Mitglied, Herr Rolke, regt an, ähnlich wie bei den Verwaltungsvorlagen, für die eine laufende Nummerierung durch das System vergeben wird, auch für Anträge aus Beiräten oder Fraktionen ein Nummerierungsverfahren zu entwickeln.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Rücksprache mit dem zuständigen FD I.4/Herrn Wilke hat die Verwaltung ein zusätzliches Modul beschafft, das zurzeit getestet wird. Ab Januar 2008 sollen alle Anträge und Anfragen laufend nummeriert (analog zum Vorlagenverfahren) erfasst und nummeriert werden.

11.2 Sondersitzung des Sozialausschusses

Um noch vor der Stadtverordnetenversammlung über den Haushalt 2008 beraten zu können, verständigen sich die Sozialausschussmitglieder auf einen Termin für eine Sondersitzung am 07.12.2007, 20:00 Uhr, im Rathaus, Raum 601.

gez. Doris Brandt
Vorsitz

gez. Anja Gust
Protokoll